

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 4

Artikel: Polen : wer zahlt wofür? : Kritische Situationen unterschiedlicher Art gehören zum Bild, das Polen 1988 bietet
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094184>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen: Wer zahlt wofür?

Kritische Situationen unterschiedlicher Art gehören zum Bild, das Polen 1988 bietet.

Der Journalist Zygmunt Szeliga schrieb in der Warschauer Wochenzeitung «Polityka» vom 30. Januar 1988, Polen werde durch eine Schüttelkur behandelt, und geschüttelt wird das Land tatsächlich, vor allem durch das Preiskarsussell.

Teuerung verschärft soziale Ungerechtigkeit

Am 1. Februar trat die längst angekündigte Erhöhung in Kraft. Nahrungsmittel und Zigaretten stiegen um etwa 40 Prozent, Mietzinse, Postgebühren und öffentliche Verkehrsmittel um etwa 50 Prozent, Treibstoffe um etwa 60 Prozent.

Dafür gibt es einen Teuerungsausgleich von durchschnittlich 6 000 Zloty im Monat. Das ist der Gegenwert von 19 Dollar zum offiziellen Wechselkurs und von 6 Dollar zum Schwarzmarktkurs. Für die ohnehin am meisten benachteiligte Bevölkerungsschicht der Rentner gibt es gar nur 3 000 Zloty; die soziale Ungerechtigkeit verschärft sich.

Nun, vor einem Aufstand der Rentner hat man keine Angst, aber man fürchtet die Reaktion der Arbeiter in jenen Grossbetrieben, die sich schon einen Ruf als rebellisch erworben haben. Deshalb hat man Sonderkommissionen in ausgewählte Betriebe geschickt und dort Sonderzulagen aus dem sogenannten Interventionsfonds verteilen lassen. Der Teuerungsausgleich konnte so inoffiziell auf 10 000 Zloty erhöht werden. Als Vorbeugungsmassnahme kann man doch etwas von dem ausgeben, was man an den Alten gespart hat.

Die nächste Runde steht für den 1. April bevor. Dann steigen die Preise für Strom und Dieselöl um 100 Prozent, während die Kohle gar um 200 Prozent teurer wird.

Die Preiserhöhungen belasten besonders den landwirtschaftlichen Sektor. Zwar hat man die Ankaufpreise für Agrarprodukte um durchschnittlich 48,5 Prozent erhöht, aber das liegt deutlich unter der offiziellen Teuerungsrate, so dass sich die Lage auf dem Land generell verschlimmert.

Mit den unpopulären Massnahmen will man dem Budgetdefizit von 300 Milliarden Zloty zu Leibe rücken, aber das hilft nur momentan, weil man nicht an die Hauptursachen der Kostenexplosion rührt, nämlich:

- die grosse Zahl unrentabler Industriebetriebe, die von der öffentlichen Hand finanziert werden müssen;
- die Kosten des aufgeblasenen Sicherheitsapparates;
- die Rüstung und die Aufstockung der Militärbestände;
- die hohen Kosten des parasitären Parteiapparates, dessen Mitglieder nicht nur relativ hohe Löhne, sondern auch allerhand Privilegien beanspruchen, für die das Land aufkommen muss.

Daran will man ernstlich nichts ändern, denn jene, die von diesen Zuständen profitieren, sind auch die gleichen, welche die Macht innehaben. Von Reformen spricht man schon seit Jahrzehnten, aber nahezu alles, was dem Regime zu diesem Thema an praktischen Mass-

nahmen einfällt, sind Preiserhöhungen, und die Stimmung im Land ist dementsprechend schlecht.

Verliert die Kirche ihre Glaubwürdigkeit?

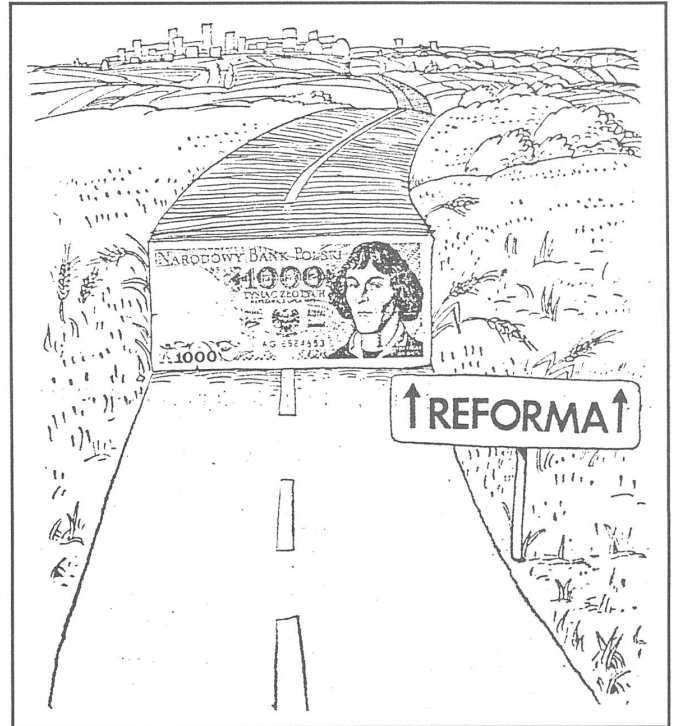
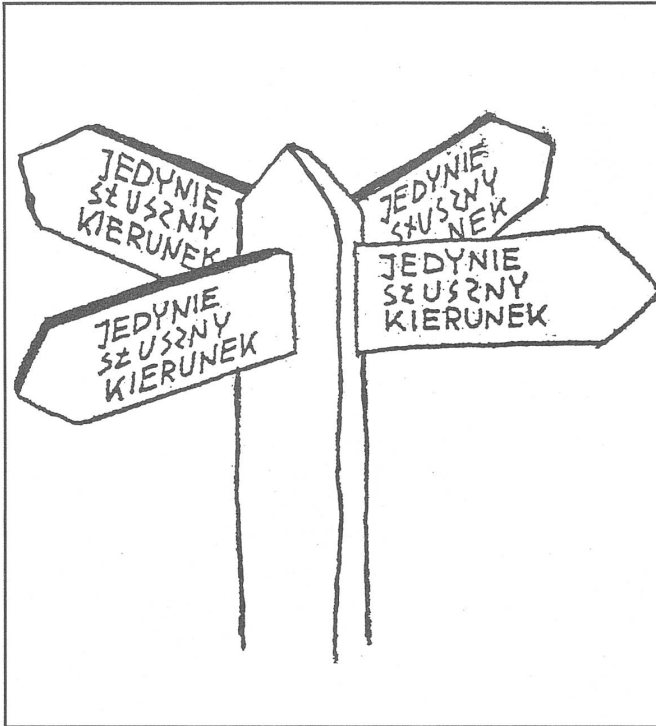
Zum Zerfall des ökonomisch-sozialen Systems gesellt sich heute in Polen der Zerfall der kirchlichen Autorität. Das ist gerade in diesem Land eine durchaus folgenschwere Erscheinung.

Als einzige nicht parteigesteuerte Massenorganisation verfügt die Kirche von Haus aus über eine grosse Anziehungskraft. Sie umfasst etwa 85 Prozent der Bevölkerung. Sie ist somit die gegebene Sachwalterin für die Interessen der unterdrückten Mehrheit gegen die herrschende Minderheit, und tatsächlich hat sie in ihrer Geschichte wiederholt ihre Rolle als volksverbundene Opposition wahrgenommen.

Das war bis vor kurzem auch im sozialistischen Polen der Fall. Unter Kardinal Stefan Wyszyński, dem verstorbenen Primas, füllte die Kirche



«Ich verstehe, dass der Zloty gefallen ist. Aber warum ausgerechnet auf mich?» («Trybuna Ludu», Warschau, 14. 1. 1987)



Links: «Die einzig korrekte Richtung» in vierfacher Ausgabe. («Prawo i Życie», Warschau, Nr. 5/1988. Rechts: Reformstrasse und Währungssperre. («Polityka», Warschau, 21. 11. 1987)

die gesellschaftspolitischen Räume dort aus, wo die Partei versagte. Vor 1956 zahlte der Kardinal für seinen Widerstand mit seiner Freiheit, aber dafür gewann die Kirche eine hohe moralische Autorität. Deshalb konnte sie auch in Notsituationen, wenn der Volkszorn zu überbordend drohte, zur Mässigung aufrufen, ohne ihrer Glaubwürdigkeit verlustig zu gehen.

Wyszynskis Nachfolger als Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat aber einen andern Weg eingeschlagen. Erschreckt durch den militärischen Eingriff vom 13. 12. 1981 hat er sich von der Opposition losgesagt. Kritische und volksverbundene Priester erhielten Predigtverbot, wurden versetzt und mundtot gemacht.

Materiell hat sich die Servilität gegenüber dem Regime gelohnt. Die Hierarchie hat einige Vergünstigungen erhalten. Höhere Priester reisen in der Welt umher, bringen Videogeräte und westliche Autos heim. In ihrer Heimat fallen sie durch einen überdurchschnittlichen Lebensstandard und durch eine überdurchschnittliche Loyalität zum sozialistischen Staat auf. So ist ein Teil des Klerus korruptiert.

Aber die Kirche zahlt das mit einem Vertrauensschwund bei der Bevölkerung. Glemp setzt auf «gutes Einvernehmen» mit der Macht und kann so vielleicht zu ein paar gesellschaftspolitisch irrelevanten Vereinbarungen kommen, die sich für kirchliche Formalbelange günstig ausnehmen und bis auf Widerruf gelten. Wahrscheinlich missversteht er da seine staatlichen Partner, und ganz sicher missversteht er das Kirchenvolk.

Die Kirche ist für die Polen in ein Zwielicht geraten, und das eben zu einer Zeit, da sich die Krise zuspitzt und die Gefahr von gewaltsamen Auseinandersetzungen zunimmt, auch wenn sie vorderhand noch latenter Natur ist. Falls es dazu kommt, wird die Kirche kaum mehr einen Beruhigungsfaktor darstellen. Sie wird den Polen nicht plausibel machen können, dass es bessere Widerstandsformen gibt als die Gewalt, wenn sie selbst der Widerstandslosigkeit huldigt.

Glasnost in die Geschichte, aber nicht genug

Die Sorge um die weitere Entwicklung in Polen teilt man auch in Moskau.

Am 10. Februar empfing Michail Gorbatschow den polnischen Aussenminister Marian Orzechowski. Zur Sprache kam dabei nicht nur die Tagespolitik, sondern auch die Gesamtheit der sowjetisch-polnischen Beziehungen «in historischer Sicht».

Eine solche Wendung mag den Westeuropäern nichtssagend erscheinen, aber sie lässt jeden Polen aufhorchen. Die gesamte polnische Gegenwart ist von der unbewältigten Vergangenheit geprägt, in welcher Nazis und Sowjets gemeinsam über das Land herfielen. Die sowjetisch-polnischen Beziehungen sind in der Tat historisch belastet.

– 1938 wurde die Führungsspitze der polnischen Kommunisten durch die Sowjets ermordet,

die polnische KP durch die Komintern aufgelöst.

– Der Freundschaftsvertrag der UdSSR mit Hitler im August 1939 ging auf Kosten der Polen, der Balten und der Rumänen.

– Zwischen 1939 und 1941, zur Bündniszeit von Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus also, wurden rund zwei Millionen Polen nach Sibirien deportiert, Zehntausende hinge richtet, einschliesslich der Kriegsgefangenen bei Katyn.

★

Diese Verbrechen sind bisher im Sowjetlager verschwiegen oder gelehnet worden. Heute drängt die Wahrheit über die Geschichte zur Oberfläche, was auch bei den baltischen Demonstrationen vom letzten Jahr zum Ausdruck kam. Der Anstoss, sich der Geschichte wenigstens teilweise zu stellen, kommt aus Moskau. Dort wünscht man zwar noch nicht die Wahrheit, aber doch *mehr* Wahrheit über die Vergangenheit. Gorbatschow versucht die «Ereignisse» selektiv publik zu machen, um seine Absage an den Stalinismus zu begründen. Das Thema der Geschichtsüberprüfung ist zwar unscharf begrenzt, aber polenbezüglich wird notgedrungen ein Haupttabu bestehen bleiben, nämlich die Tatsache, dass Stalin dem Land ein System aufgezwungen hat, das die Polen nicht wollten. Und das sie auch heute nicht wollen.

Bohdan Gorski